

Thomas Land

Rezension zu Lutz Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin: Suhrkamp 2019

Da bereits einige Rezensionen zum Buch vorliegen, die z.T. sehr detailliert auf Inhalt und Aufbau eingehen, werde ich im Folgenden auf diese Punkte verzichten.¹

1 Einleitung

Die akademische Zeitgeschichtsschreibung unterliegt, wie jede Forschung auch, aktuellen Trends und Moden. Neben Theorien, Methoden, Regionen oder Untersuchungsgegenständen folgt auch das Interesse für Epochen und Zeiträume gegenwärtigen Konjunkturen. Seit dem Ende der 2000er Jahre gewann in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung mehr und mehr eine Perspektive an Einfluss, die die 1970er Jahre als Schlüssel zum Verständnis unserer Gegenwart ansieht. Standen bis etwa Mitte der 2000er Jahre zumeist die 1960er Jahre im Zentrum der Aufmerksamkeit der deutschsprachigen Zeitgeschichtsforschung, stieg bald darauf der Zeitraum *nach* dem ‚Golden Age of Capitalism‘ (1945-1975) zum ‚Schlüsseljahrzehnt‘ des 20. Jahrhunderts auf. Hierfür war nicht zuletzt die Finanz- und Staatsschuldenkrise ab 2008 mitverantwortlich. Die Krisen schienen ihre Ursache in einer neoliberalen Ordnung zu haben, die seit Mitte der 1970er Jahre im globalen Maßstab durchgesetzt wurde. Die sich in den 1970er Jahren manifestierenden Krisen beendeten die Konjunkturphase der industriell, keynesianistisch und fordistisch strukturierten Nachkriegsökonomie. Was nun folgte, war der Umbau der globalen Wirtschaftsordnung vom Manager- zum Finanzkapitalismus.² Kurzum: Die zunächst ökonomisch induzierte, bald jedoch diffuse und omnipräsente Krisensemantik der 1970er Jahre ermöglichte die Implementierung politischer Ideen (Neoliberalismus), die bis dato nur wenig Anhänger gefunden hatten.³

Der Westen durchlief in der Zeit ‚nach dem Boom‘ einen ‚Strukturbruch‘, was einen ‚sozialen Wandel von revolutionärer Qualität‘ in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nach sich zog und dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein zu spüren sind.⁴ Vor dem Hintergrund der Annahme mehrerer Zäsuren um etwa die Mitte der 1970er Jahre⁵ erschienen die darauffolgenden Jahrzehnte als vergleichsweise weniger spektakuläre Zeiträume, in denen hauptsächlich auf Entwicklungen reagiert werden musste, die die

¹ Hier vor allem: <https://www.socialnet.de/rezensionen/26014.php>. Weniger ausführlich: <http://www.sehepunkte.de/2019/10/33206.html> und <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28222>

² Diese Entwicklungslinie bei KOCKA, Jürgen: *Geschichte des Kapitalismus*, 3., überarbeitete Auflage, München 2017.

³ CHAMAYOU, Grégoire: *Die unregierbare Gesellschaft: eine Genealogie des autoritären Liberalismus*, Berlin 2019.

⁴ So die zentrale These des programmatischen Buchs DOERING-MANTEUFFEL, Anselm und LUTZ RAPHAEL: *Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3. ergänzte Auflage, Göttingen 2012.

⁵ DOERING-MANTEUFFEL, Anselm und LUTZ RAPHAEL: „Nachdem Boom. Neue Einsichten und Erklärungsversuch“, in: DOERING-MANTEUFFEL, Anselm, LUTZ RAPHAEL und THOMAS SCHLEMMER (Hrsg.): *Vorgeschichte der Gegenwart: Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 9–36.

Krisendynamik der 1970er Jahre angestoßen hatte. Zugespitzt ließe sich sagen, dass die Jahrzehnte zwischen 1980 und 2000 im Wesentlichen dadurch geprägt waren, Antworten auf die Strukturbrüche der 1970er Jahre zu finden.⁶

Soweit ein kursorischer Überblick über das ‚Standardmodell‘ der gegenwärtigen deutschen Zeitgeschichtsforschung. Auch wenn sich freilich nicht alle dem primär sozio- und polit-ökonomischen Zugang von Doering-Manteuffel und Raphael verpflichtet fühlten, die Bestimmung der 1970er Jahre als Epochenäsur, Anfang eines fundamentalen Transformationsprozesses und unmittelbare ‚Vorgeschichte der Gegenwart‘ stieg zur einflussreichen Interpretationsschablone der Zeitgeschichtsforschung auf, die eine ganze Reihe von Studien inspirierte.⁷

2 Basisprozess der Deindustrialisierung

Lutz Raphael hat nun mit *Jenseits von Kohle und Stahl: eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom* (Suhrkamp 2019) sein opus magnum zur von ihm mitentwickelten Strukturbruchthese vorgelegt, die den historischen Wandel im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ausgehend von den ökonomischen Veränderungen betrachtet. Anstatt also politische Ereignisse, wie z.B. Regierungswechsel, oder sozio-kulturelle Phänomene, wie den z.B. sogenannten ‚Wertewandel‘ oder das Aufkommen der Pop- und Konsumkultur, zum Motor gesamtgesellschaftlicher Transformation zu machen, bedient sich Raphael fünf „wissenschaftliche[r] Beobachtungsformate“ (S. 22), um den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu beschreiben, dem alle westlichen Volkswirtschaften seit den späten 1960er Jahren unterworfen waren. Der Zugriff auf Geschichte erfolgt bei Raphael aus der Perspektive von 1. politischer Ökonomie/Volkswirtschaft, 2. rechtlichen Regulierungen, 3. Wissensgeschichte und Bildungspolitik, 4. wichtiger (Einzel-)Ereignisse sowie 5. der sozialräumlichen Dimension von Transformationen. Die Beobachtungsformate sollen ausdrücklich gleichwertig nebeneinander stehen; ihre Reihenfolge impliziert keine sozialontologische Gewichtung kausaler Faktoren (ein Problem, auf das später zurückzukommen sein wird).

Durch die Kombination der fünf Beobachtungsformate beschreibt Raphael den Basisprozess der Deindustrialisierung als einen Rückgang der Industrieproduktion im Westen, der die Umgestaltung und Neuorientierung ganzer Gesellschaften nach sich zog. Der Strukturwandel der westlichen Industriegesellschaften verlief dabei weder linear, noch nach einem einheitlichen Muster. Deindustrialisierung, so die zentrale Aussage in Raphaels Buch, war keine ‚Einbahnstraße‘. Die drei miteinander verglichenen Länder (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) gestalteten den Prozess der Deindustrialisierung jeweils sehr unterschiedlich. Geschwindigkeit, Intensität und soziale Umbrüche variierten je nach staatlicher Förder- und Sozialpolitik, Arbeitsproduktivität und Lohnkosten oder den Formen

⁶ RAPHAEL, LUTZ: „1980er: Typische Jahre ‚nach dem Boom‘“, in: *APuZ* 46 (2015), S. 8–13.

⁷ Vgl. die im Forschungsverbund „Nach dem Boom“ - aber nicht nur dort - erschienen Veröffentlichungen. <http://www.nach-dem-boom.uni-tuebingen.de>. Gegenwärtig scheint sich der Fokus des Interesses der deutschen Zeitgeschichtsschreibung auf die späten 1970er und 1980er Jahre zu verlagern. Exemplarisch dafür: BÖSCH, FRANK: *Zeitenwechsel 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019.

der Institutionalisierung kollektiver Interessenvertretung. Es gelte daher, nationale, regionale und branchenspezifische Varianten und Verlaufsformen der Deindustrialisierung zu unterscheiden. Diese Erkenntnis gilt es nunmehr auf ‚den Neoliberalismus‘ zu übertragen, der keine Blaupause für eine neoliberale Transformation darstellte. Seit den 1980er Jahren bestand zwar unter den politischen und wirtschaftlichen Eliten ein Konsens über die (neo)liberale Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die „Gemeinsamkeiten seitens der regierungspolitischen Agenda in den drei Ländern zwischen 1983 und 2008“ (S. 17) führte jedoch nicht zur Angleichung, sondern vielmehr zur Vertiefung nationalspezifischer Differenzen.⁸

Auch könne man keineswegs von der Entstehung einer ‚postindustriellen Welt‘ sprechen.⁹ Denn zum einen erfolgte im Rahmen einer weltweiten Arbeitsteilung lediglich eine globale Neuverteilung industrieller Standorte (worauf Raphael nur am Rande eingeht). Während sich Nordamerika, Westeuropa und Japan auf technologieintensive Qualitätsproduktion sowie Forschung, Entwicklung und Planung konzentrierten, verlagerte sich die übrige Industrieproduktion – von der Textil- bis zur Stahlindustrie – vor allem in die asiatischen Länder. Zum anderen schrumpfte der Industriesektor im Westen zwar sowohl absolut als auch relativ, verschwand aber keineswegs vollständig. Vielmehr kam es zu einer „Verschiebung volkswirtschaftlicher Wertschöpfung und Beschäftigung“ (S. 37) vom industriellen zum tertiären oder Dienstleistungssektor. Deindustrialisierung bezeichnet damit eine Übergangsphase im Zeitraum von etwa 1970 bis 2000, „in deren Verlauf aus einer primär industriell geprägten Gesellschaftsordnung eine deutlich pluraler strukturierte Sozialordnung mit drei gleich starken Wirtschaftssektoren – öffentliche Dienste, private Dienstleistungen und industrielle Produktion – geworden ist.“ (S. 477). Dieser Vorgang wurde in den jeweiligen Volkswirtschaften von einer enormen Steigerung der Produktivität in der gewerblichen Wirtschaft begleitet, was wiederum das Wachstum des Dienstleistungsbereichs (Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Verwaltung usw.) bedingte. Nur weil die Arbeitsproduktivität in der Industrie aufgrund von Rationalisierung, Automatisierung, Einführung neuer Technologien, Outsourcing und dem Druck internationaler Konkurrenz so spektakuläre Wachstumsraten erzielte, so Raphael, standen genug Ressourcen zu Verfügung, um den rasanten Aufstieg des Dienstleistungssektors zu ermöglichen

3 Theorie und Methode

Entlang des Vergleichs von drei Ländern versucht Raphael einerseits länderübergreifende Entwicklungen und Tendenzen zu erfassen, als auch andererseits sichtbar zu machen, wie diese universellen Trends von den unterschiedlichen Staaten, Regionen, Branchen und Betrieben, Gewerkschaften usw. je spezifisch verarbeitet und gestaltet wurden.

⁸ Dazu ausführlich BACCARO, Lucio und Chris HOWELL: *Trajectories of Neoliberal Transformation: European Industrial Relations Since the 1970s*, Cambridge 2017.

⁹ PLUMPE, Werner und André STEINER (Hrsg.): *Der Mythos von der postindustriellen Welt: wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960-1990*, Göttingen 2016.

Raphaels Studie verortet sich in der Tradition der ‚Gesellschaftsgeschichte‘ der 1970er Jahre, ohne deren Einschränkung auf diesen oder jenen Nationalstaat zu teilen. In der Nachfolge der ‚Historischen Sozialwissenschaft‘ versuchte die Gesellschaftsgeschichte, einen gesamtgesellschaftlichen Wandel in seinem Ablauf nicht allein zu beschreiben, sondern ursächlich zu erklären. Der Erklärungsanspruch sollte durch die Rekonstruktion der ordnungsbildenden Strukturen und Basisprozesse in Politik, Wirtschaft, Kultur und Sozialem eingelöst werden. Ein Phänomen sei dann erklärt, wenn es auf die dahinterliegenden Strukturen zurückgeführt werden kann, die es verursacht haben. Diesem Modell folgt Raphael: „Handlungen, Ereignisse und Prozesse“ werden auf „die spezifische Logik sozialer Handlungsfelder“ (S. 30) zurückgeführt. Die in den Strukturen ‚eingeschriebene‘ Entwicklungslogik ist das treibende Moment historischer Veränderungen. Dynamiken der Geschichte sind damit weniger die Folge individueller und zweckrationaler Handlungen, als vielmehr Ergebnis von übergreifenden Strukturen und Sozialräumen, in die die individuellen Akteure eingebettet sind. Diese ‚sozialen Konfigurationen‘ und strukturellen Arrangements geben den Subjekten ‚rationale‘ Handlungsoptionen vor, ohne aber deren Handlungen in ihrem konkreten Ablauf zu determinieren. Mit anderen Worten: Strukturen machen bestimmte Handlungen wahrscheinlich (z.B. Rationalisierung von Arbeitsabläufen), schreiben aber nicht vor, wie diese im konkreten Fall auszuführen sind.

Anders als die Sozialgeschichte der 1970er Jahre geht es Raphael aber nicht darum, aus der Makroperspektive der Strukturen die Befunde der Meso- oder Mikroebene kausal abzuleiten und also auf diesem Weg zu erklären. Vorgefundene Ordnungsmuster und vorgegebene Handlungsspielräume werden bei Raphael als Bedingungen institutioneller, kollektiver und individueller Aktivitäten beschrieben, die ihrerseits auf übergreifende Strukturen rück- und einwirken. Anstatt also konkrete Phänomene als Ausprägungen oder Folge einer anonymen Strukturlogik zu begreifen, wechselt Raphael beständig zwischen der Makroebene der Strukturen, der Mesoebene der Institutionen und Organisationen sowie der Mikroebene der Individuen hin und her. Die „holistische Sichtweise“ (S. 30) versucht sich an einer Verschränkung der Ebenen, auch wenn letztlich „die Frage nach deren jeweiligem Gewicht und ihrer wechselseitigen Verzahnung offen“ (S. 477) bleiben muss. Schade! Denn so bleibt Raphael letztlich nur übrig, eine Überfülle von Gleichzeitigkeiten und parallelen Entwicklungen festzuhalten, die einen Variantenreichtum der Deindustrialisierung präsentieren, der sich kaum mehr auf einen Begriff bringen und schon gar nicht erklären lässt. Auch die von Raphael vorgenommene Typenbildung hilft da nicht wirklich weiter. Zwar ermöglichen es die Typen, die detailreich beschriebenen Phänomene und Einzelfälle zu kategorisieren, mehr als die Ausbreitung unterschiedlicher Reaktionsmuster auf eine anonyme Globalisierung (in Bezug auf Staaten) oder einen zugleich universellen wie abstrakten ‚Rationalisierungsdruck‘ (in Bezug auf Betriebe oder ganze Branchen) ist dies allerdings nicht.

Da sich Raphael nicht mit der Kapitalseite im Prozess der Deindustrialisierung beschäftigt (sein Fokus liegt auf der Arbeit), fehlt ein wesentliches Erklärungselement ökonomischer Transformation. Entsprechend gibt es keine Darlegung der Ursachen, sondern lediglich eine Gewichtung einzelner Faktoren, „die den Gesamtprozess der Deindustrialisierung in

Westeuropa beeinflusst haben“ (S. 40). So ging auch diese Deindustrialisierung letztlich „Hand in Hand mit dem Aufstieg anderer industrieller Standorte“ (S. 38). Anstelle von Kausalität stehen Beziehungen: „Deindustrialisierung auf nationaler Ebene war also aufs Engste mit der Neuverteilung von Produktionsstandorten und dem Erfolg beziehungsweise Misserfolg von Industrieunternehmen in sich europäisierenden und internationalisierenden Märkten verbunden.“ (S. 45). An anderer Stelle werden kausale Verhältnisse auf Gleichzeitigkeit reduziert: „Die Umgestaltung der Produktionsabläufe vollzog sich mehr oder weniger im Gleichschritt mit dem sich international kontinuierlich verschärfenden Wettbewerb“. (S. 387) Bei der Suche nach den Ursachen verweist Raphael auf u.a. die Wirtschaftswissenschaftler, die sich gezwungen sehen, „komplexe Bündel historischer und gesellschaftlicher Faktoren als mögliche Erklärungen zu akzeptieren.“ (S. 46-47) Am Ende ist alles irgendwie miteinander ‚verbunden‘: So war der Strukturwandel mit seinen gesellschaftlichen Folgen „Teil der längerfristigen Verschiebungen von Beschäftigung und Wertschöpfung in den Volkswirtschaften Westeuropas, aber zugleich auch aufs Engste mit dem Aufstieg des Finanzmarktkapitalismus und mit den technologischen Revolutionen der Digitalisierung verbunden.“ (S. 88) Überhaupt scheint sich Raphael nicht so recht entscheiden zu können, wenn es beispielsweise um die Entstehung von Rahmenbedingungen geht: als Grund für die Herausbildung eines ‚Finanzmarktkapitalismus‘ wird einerseits darauf verwiesen, „dass sich zentrale Spielregeln für die Anlage von Kapital und für die Erwirtschaftung von Profit geändert haben.“ (S. 72-73). Kurz zuvor heißt es allerdings, dass die „Spielregeln des Kapitalismus weltweit geändert wurden“ (S. 72) und eine „Rahmenordnung [...] etabliert worden war.“ (S. 72). Derartige Stellen ziehen sich durch: einmal sind „Märkte entstanden“ (S. 74), ein anders mal werden sie politisch geschaffen (vgl. z.B. S. 42). Maximal verweist Raphael noch auf Bedingungen und Möglichkeiten: So hing der „Trend zu Industriebetrieben mittlerer Größe aufs Engste mit der Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologie zusammen“ (S. 63), die deren „Entstehung [...] erst möglich gemacht [hat]“ (S. 63).

Mehr als die Ursachen interessiert sich Raphael ohnehin für die „Folgen und Begleiterscheinungen der Deindustrialisierung“ (S. 47). Er verfolgt deren Wirkungen bis in die einzelnen Betriebe, Wohnviertel und Arbeiterfamilien hinein, ohne aber die Ursache – Arbeit als abhängige Variable des Kapitals – zu benennen. So erhält man den Eindruck, alle Akteure reagieren nur (worauf die vielen Passiv-Konstruktionen im Buch hinweisen). Handeln wird hauptsächlich über das Phänomen der Konkurrenz erklärt. Profit als Motiv kommt bei Raphael nur am Rande vor (beispielsweise mit Bezug auf Kapitaleigner und Aktionäre, die ein Interesse an „einer Maximierung ihrer Kapitalrenditen“ (S. 73) haben).¹⁰ Staaten, Betriebe und Arbeiter erscheinen als Getriebene von Verhältnissen, die ihnen zwar diverse ‚Spielräume‘ eröffnen, ihnen ansonsten aber als etwas Externes und Fremdes gegenüberstehen, auf das sie reagieren müssen (Vgl. S. 64). Akteure stehen beispielsweise

¹⁰ Überhaupt scheint bei Raphael das „Prinzip der Profitmaximierung“ (S. 74) erst mit der Etablierung des Finanzmarktkapitalismus und der damit verbundenen Orientierung auf „kurz- und mittelfristige Renditeerwartungen“ (S. 74) an Bedeutung zu gewinnen. Hier fragt man sich, nach welchem Prinzip die Unternehmen zuvor gehandelt haben.

unter „strukturellen Anpassungsdruck“ (S. 38) durch nationale und internationale Konkurrenz oder durchlaufen einen „krisenhaften Anpassungsprozess“ (S. 39) im Zuge zunehmender globaler Verflechtung. Zwar geht Raphael durchaus auch auf die politischen Programme zur Liberalisierung und Flexibilisierung von Arbeit, die Projekte der Privatisierung und Kommodifizierung, die Einrichtung von (nationalen, europäischen oder globalen) Märkten, den Abbau von Handelsbeschränkungen, die nationalstaatlichen Infrastrukturpolitiken und dergleichen mehr ein. Unterbelichtet bleibt aber, warum eine erfolgreiche Standortpolitik Grundlage internationaler Wettbewerbsfähigkeit von miteinander konkurrierenden Nationalstaaten ist, wie also Kapital- und Staatsinteressen miteinander verflochten sind. Da Raphael keinen Begriff vom Nationalstaat und seiner Funktion als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ hat, wird nicht klar, wie die staatliche Förderung der jeweiligen Volkswirtschaften und die konkrete Ausgestaltung der Spielregeln von Märkten mit dem nationalen ökonomischen Interesse verknüpft ist.

Anstelle von Erklärungen bietet Raphael lediglich eine – zweifelsohne lesenswerte – Kombination verschiedener Ebenen. Das Hin- und Herwechseln zwischen Weitwinkelperspektive und Nahaufnahme ist bei Raphael weniger eine Frage der interessanten Präsentation des historischen Materials. Der Wechsel zwischen der Makro-, Meso- und Mikroebene ergibt sich, laut Raphael, aus der großen Bandbreite möglicher Reaktionsmuster der einzelnen Länder, Regionen, Industriezweige, Betriebe, Gewerkschaften, Arbeiter usw. auf den ‚Basisprozess‘ der Deindustrialisierung, was kaum Verallgemeinerungen erlaube. Um diese Vielfalt zu erfassen, plädiert Raphael für eine „kleinteilige Kartierung europäischer Industrieregionen im Umbruch“ (S. 478). Regionen, so Raphaels Annahme, waren bei der Verarbeitung und Ausgestaltung des Strukturbruchs ohnehin häufig wichtiger als z.B. der nationalstaatliche Ordnungsrahmen.¹¹ In anderer Hinsicht allerdings habe der Nationalstaat relativ enge Grenzen für die „Variationsbreite lokaler Verhältnisse“ (S. 478) vorgegeben. Dieses ‚Sowohl-als-auch‘ setzt sich an anderen Stellen fort: Einerseits müsse angesichts des Phänomens der Globalisierung der ‚methodische Nationalismus‘ mit seiner Fixierung auf den ‚nationalstaatlichen Container‘ überwunden werden (vgl. S. 21). Andererseits dürfe man aber nicht die weiterhin wichtige Rolle des Nationalstaats als maßgebliche Ordnungsmacht vernachlässigen: Der ‚Nationalcontainer‘ trete an vielen Stellen der Studie „mehr oder weniger deutlich und mit Erklärungsanspruch hervor.“ (S. 21) Unverständlich erscheint daher Raphaels Verwunderung darüber, dass seit der Jahrtausendwende „die nationale Ebene wieder so dramatisch ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist“ (S. 478) – zeigen seine Ausführungen doch, dass eine erfolgreiche Standortpolitik jederzeit Grundlage internationaler Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Kapitals war.¹²

¹¹ „Ausländische Kapitalanleger beispielsweise ließen sich bei ihren Investitionsentscheidungen eher von regionalen als von nationalen Gesichtspunkten leiten, betriebliche Sozialordnungen waren eher durch interne Faktoren oder regionale Einflüsse als durch nationale Regulierungen bestimmt.“ S. 478

¹² Der Nationalstaat konstituiert und reproduziert auch in einer zunehmend globalisierten Welt sowohl internationale Märkte als auch die nationalen Arbeitsordnungen – eine Aussage, die auch trotz der im Untersuchungszeitraum einsetzenden europäischen Integration weiterhin Gültigkeit beansprucht. Hier, so Raphael, verschiebe sich lediglich die Problematik eingerichteter, koordinierter und regulierter Märkte auf eine

4 Praxis: Arbeit als zentrale Untersuchungskategorie

„Knotenpunkt sozialer Strukturbildung“ (S. 30) ist in Raphaels Studie die Arbeit. Mit dieser Annahme grenzt er sich sowohl gegenüber marxistischen als auch gegenüber kulturalistischen Analyseansätzen ab, die entweder die polit-ökonomische Reproduktion einer gesellschaftlichen Formation oder aber kulturelle Praktiken (z.B. Konsummuster, Identitäten oder Freizeitverhalten) zum strukturbildenden Ordnungsprinzip der Gesellschaft erheben. Die „Zentralität der Arbeit“ (S. 30) im ökonomischen Sinn wird bei Raphael einerseits durch die sozio-kulturelle Dimensionen der Arbeitswelt (soziale Anerkennung, Inklusion, Habitus, Symbole und Repräsentation, Sinn, ‚kulturelles Kapital‘, Tradition usw.), andererseits durch die Formen politischer Artikulation, Repräsentation, Partizipation und Organisation, oder kurz: Politik, ergänzt.

Den ökonomischen, kulturellen und politischen Dimensionen der Arbeit sollen ausdrücklich „gleichumfänglich Rechnung“ (S. 29) getragen werden, obwohl die zeitgenössischen Deutungsmuster insb. seit den 1980er Jahren die kulturellen Differenzen und Identitätspolitik zum zentralen Gegenstand der öffentlichen und medialen Auseinandersetzung gemacht haben. Mit dem „Trend zur Auflösung traditioneller Muster proletarischer Sozialmilieus“ (S. 308) inkl. einer gemeinsamen und verbindenden Arbeiterkultur, dem Trend einer zunehmenden sozialen Durchmischung von zuvor relativ homogenen städtischen Arbeitervierteln, dem Ende traditioneller Berufsbilder und dem häufigeren Wechsel des Arbeitsplatzes, gerieten Klasse, Arbeit und Arbeitswelt als primäre Bezugspunkte der Identifikation gegenüber z.B. geschlechtlichen, ethnischen und nationalen Kategorien „immer mehr ins Abseits“ (S. 117). Mit dem Orientierungsrahmen einer ‚klassenlosen Mitteschicht‘, wie ihn nicht zuletzt die auf die politische Mitte abzielenden Volksparteien propagierten, wurde Klassenzugehörigkeit tendenziell unwichtiger. Konsum, Mediennutzung, Lebensstil oder ethnisch-religiöse Distinktionsstrategien hingegen gewannen an Bedeutung: Anerkennung statt Umverteilung. Damit fügt sich das Phänomen der Deindustrialisierung in die übergreifenden und langfristigen ‚Megatrends‘ während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein. Waren die Jahrzehnte des Nachkriegsbooms im Großen und Ganzen eine Phase der Homogenisierung, Standardisierung und Universalisierung, sei die Zeit ‚nach dem Boom‘ eine Phase der Flexibilisierung, Dynamisierung und Individualisierung gewesen.¹³ Der Industriesektor folgte damit insgesamt dem gesamtgesellschaftlichen Wertewandel von den sogenannten Pflicht- und Akzeptanzwerten zu den individuellen Selbstentfaltungswerten – eine These, die in der

höhere, supranationale Ebene. Ohne die nationalstaatliche Souveränität aufzuheben tritt ab Anfang der 1990er Jahre die Europäische Union mit dem Projekt der Bildung eines europäischen Wirtschaftsraums und eines gemeinsamen Binnenmarktes als „neoliberale Modernisierungsmaschine“ (S. 478) auf. Sie ist eine von den Staaten geschaffene Einrichtung zur Regulation nationalstaatlicher Konkurrenz. Das von den Staaten vorangetriebene Projekt einer Liberalisierung ‚nach innen‘ wird dabei durch einen Protektionismus ‚nach außen‘ ergänzt und unterstützt.

¹³ RECKWITZ, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp 2017; RECKWITZ, Andreas: *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin 2019.

Zeitgeschichtsschreibung nicht unumstritten ist.¹⁴ Teamgeist, Kommunikation, Kreativität, Eigenverantwortung und relative Autonomie im Arbeitsprozess gewannen gegenüber tradierten hierarchischen Betriebsstrukturen und einer ‚Unternehmenskultur der Stechuhr‘ an Bedeutung, ohne diese jedoch vollständig abzulösen. Beide Arbeits- und Unternehmenskulturen, so die Bilanz, bestehen nebeneinander.

Die Aufwertung individualistischer ‚Identitätsmarker‘ ab etwa Mitte der 1970er Jahre legte bislang vernachlässigte Konfliktlinien z.B. geschlechtlicher Diskriminierung frei, verwies aber zugleich das weiterhin bestehende Phänomen sozioökonomischer Ungleichheit in die zweite Reihe öffentlicher Aufmerksamkeit. Raphael weist entlang dieser und ähnlicher Themen immer wieder auf die ambivalenten Folgen der Strukturbrüche hin. Den ‚Kosten‘ der Deindustrialisierung stellt Raphael stets auch die ‚Gewinne‘ an die Seite: Mit der Erosion des männlichen Normalarbeitsverhältnisses beispielsweise zerfiel sukzessive auch die Dominanz des patriarchalen Ordnungsmusters der Nachkriegsgesellschaften. Mit der Auflösung der fordistischen Betriebsordnungen ergaben sich zugleich Freiräume relativer Autonomie und kollektiver Selbstbestimmung der Arbeitsorganisation. Komplexer gewordene Tätigkeiten und Betriebsabläufe erhöhten einerseits die Arbeitsanforderungen, übertrugen dem Einzelnen aber andererseits aber auch mehr Verantwortung, was wiederum das Selbstbewusstsein und die Identifikation mit dem eigenen Betrieb steigerte. So zeigt Raphael, dass es entgegen der Voraussage von Entfremdungs- und Verdinglichungstheorien im Untersuchungszeitraum gerade zu keiner weiteren Zerlegung der Arbeit nach Taylor kam. Im Gegenteil: Der Trend ging dahin, „die Zergliederung der Arbeitsabläufe zurückzunehmen und dem einzelnen Arbeiter mehr und verschiedenartige Arbeitsschritte zu übertragen.“ (S. 293) Die „Humanisierung der Bandarbeit“ (S. 384) hatte sich – zumindest in einigen Betrieben – als Mittel der Produktivitätssteigerung durchgesetzt. Einfachere Tätigkeiten wurden häufig an Zulieferer ausgelagert, in denen dann die hierarchische Betriebsordnung weiterexistierte. Auf die globale Neuverteilung von Produktionsstandorten reagierten die europäischen Industriestandorte zwar insgesamt mit dem verstärkten Einsatz von technischen, sozialen und organisatorischen Innovationen. Diese kamen jedoch – je nach Branche und Betriebsgröße – sehr ungleich verteilt zum Einsatz. Die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologien kam vor allem den Betrieben mittleren und größeren Umfangs zu Gute – mit den entsprechenden Folgen für Arbeitsorganisation, Qualifikation und Kommunikationsstil innerhalb der Betriebe. In eher kleineren Betrieben (z.B. Zulieferern) blieben die „patriarchalisch-paternalistischen Modelle intakt“ (S. 381). Ein allgemeiner „Paradigmenwechsel in der Arbeitsorganisation“ (S. 380) fand also nicht statt. Die Veränderung politischer Mobilisierungssprachen und -strategien von den Gewerkschaften, den Parteien bis hin zu den Neuen Sozialen Bewegungen nehmen bei Raphael breiten Raum ein. Der in den 1970er Jahren einsetzende Niedergang traditioneller Industrien und die damit einhergehende Beschäftigungskrise provozierten neue

¹⁴ Als Überblick zur Diskussion DIETZ, Bernhard und Jörg NEUHEISER: *„Diesseits und jenseits der Welt der Sozialwissenschaften. Zeitgeschichte als Geschichte normativer Konzepte und Konflikte in der Wirtschafts- und Arbeitswelt“*, in: DIETZ, Bernhard und Jörg NEUHEISER (Hrsg.): *Wertewandel in der Wirtschaft und Arbeitswelt: Arbeit, Leistung und Führung in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/Boston 2016, S. 7–27.

gesellschaftliche Selbstbeschreibungen und Deutungsmuster (,Wissens-, Risiko-, ,Leistungs-, oder ,Erlebnisgesellschaft', ,Zwei-Drittel-Gesellschaft', ,Abschied vom Malocher', ,Ende der Klassengesellschaft' usw.). Diese Zeitdiagnosen wirkten ihrerseits z.B. auf die Mobilisierung von Protestpotential der Industriearbeiter, Berufswünsche und angestrebte Bildungsabschlüsse von Jugendlichen oder die strategische Ausrichtung nationalstaatlicher Bildungs- und Wissenschaftspolitiken ein. Zentral ist in diesem Zusammenhang der Befund eines ,Unsichtbarwerdens' des Industriearbeiters ab etwa Ende der 1970er Jahre. Mit dem Aufstieg der ,Künstler- und Sozialkritik' des linksalternativen Milieus und den Neuen Sozialen Bewegungen verschwand die Industriearbeit mehr oder weniger geräuschlos aus der öffentlichen Wahrnehmung, obwohl sie auch weiterhin die Lebenswelt und den Alltag großer Teile der Bevölkerung bestimmte. Der Wandel auf der Repräsentationsebene entkoppelte sich gewissermaßen vom krisenbedingten Strukturwandel und den realökonomischen Prozessen der Deindustrialisierung: Die Kategorie der Industriearbeit verschwand schneller und gründlicher aus den öffentlichen, politischen und akademischen Debatten als die eigentliche Industriearbeit aus der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung.

An dieser Stelle zeigt Raphael, wie wichtig politische Repräsentationsformen und Mobilisierungssprachen für die Beteiligung an Arbeitskämpfen und Sozialprotesten sind. Der Bedeutungsverlust der tradierten Klassensemantik, so Raphael, habe bis heute Auswirkungen auf (gewerkschaftliche und parteipolitische) Repräsentationsarbeit, Mobilisierbarkeit und Arbeitskämpfe der lohnarbeitenden Bevölkerung. Ohne entsprechende symbolisch-sprachliche Artikulation ,fehlt' ein zentraler Mobilisierungsfaktor für Sozialproteste. Ohne semantische Repräsentation keine koordinierten, sich aufeinander beziehenden Protestaktionen, die so lediglich partikulare oder lokale Konflikte bleiben; ohne mediale Aufmerksamkeit kein öffentlich wahrnehmbares ,Ereignis', das weitergehende Mobilisierung und Solidarität hätte hervorrufen können.

Das „Verschwinden der Industriearbeiter von der politischen Bühne“ bzw. ihr „Rückzug aus der Politik“ (S. 201) erfolgte aber nicht allein aufgrund des immer seltener bemühten Kollektivsingulars der (Arbeiter-)Klasse. Hinzu kam die „disziplinierende Kraft der Massenarbeitslosigkeit“ (S. 201), die die Verhandlungsposition der Arbeiterschaft schwächte. Arbeitskämpfe wurden von den Beschäftigten zunehmend als riskante Unternehmung eingeschätzt, die den Verlust des ohnehin unsicheren Arbeitsplatzes nach sich ziehen konnten. Anstatt auf konfrontative Strategien, setzte die Belegschaft der verbliebenen Industriebetriebe bevorzugt auf Verhandlung und Kompromissbereitschaft. An die Stelle der häufigen Streiks in den 1970ern trat in den 1980ern die ,sozialpartnerschaftliche Betriebsvereinbarung', was einen deutlichen Rückgang der Streikaktivitäten zur Folge hatte (Raphael identifiziert das Jahr 1985 als „Wetterscheide in den Arbeitskonflikten der westeuropäischen Industrien“, S. 173). Unter dem Druck der Deindustrialisierung erschien vielen Beschäftigten die gemäßigte Variante einer ,Konfliktpartnerschaft' als attraktivere Alternative zu Militanz und Politisierung von Interessengegensätzen. „Management und gewerkschaftliche Belegschaftsvertreter entdeckten unter diesen Rahmenbedingungen ihr gemeinsames Interesse an kooperativen

Arbeitsbeziehungen, und zwar selbst dort, wo bis dahin Streiks und konfrontative Lösungen von Alltagskonflikten dominiert hatten.“ (S. 388) Anstatt für einen, früher oder später vermutlich ohnehin wegrationalisierten, Arbeitsplatz zu kämpfen, nahmen die Beschäftigten lieber die Angebote zur betrieblichen und/oder staatlich geförderten Umschulung an. Ältere Arbeitnehmer ließen sich in die zumeist staatlich subventionierte Frühverrentung schicken. Raphael betont die enorme Bedeutung von staatlichen und betrieblichen ‚Sozialpakten‘ für die Befriedung des Konfliktpotentials, das sich im Zuge der Umstrukturierung ganzer Volkswirtschaften ausgebildet hatte.

Kurzum: Dort, wo sich Industriebetriebe halten konnten, erschienen sie der Belegschaft als „Inseln der Beschäftigungsstabilität“ (S. 350), die es mit (Lohn)Verzicht, Kurz- oder Mehrarbeit und anderen Einschränkungen eigener Interessen zu erhalten galt. Die (langfristige) Sicherung des eigenen Produktionsstandortes rangierte vor (kurzfristigen) materiellen Zugewinnen. Eine stabile Betriebsordnung und eine gute soziale Integration im Betrieb, so die Kalkulation der Beschäftigten, bot einen gewissen Schutz vor Entlassungen. Die weit verbreitete Identifikation mit dem eigenen Betrieb und die „ausgeprägten Betriebsloyalitäten“ (S. 388) resultierten nicht zuletzt aus dem Vergleich der Arbeiter mit möglichen Alternativen: Die schlechteren Bedingungen in der aufstrebenden Dienstleistungsbranche oder die Situation der Arbeitslosigkeit (veranlasst durch die Umstrukturierung der Sozialsysteme) veranlassten dazu, sich für den eigenen Betrieb einzusetzen oder doch zumindest keinen konfrontativen Kurs zu fahren.

Die Domestizierung und Disziplinierung der Industriearbeiter war also ein Ergebnis vieler Faktoren: sie resultierte zum Teil aus der Angst vor Entlassung, zum Teil aus der „Dominanz betrieblicher beziehungsweise unternehmensbezogener Tarifverhandlungen“ (S. 388) und zum Teil aus der bereits erwähnten Repräsentationskrise der Industriearbeiterschaft. Mit Bezug auf den letzten Aspekt heißt es dazu bei Raphael: Weil die „Repräsentation kollektiver Interessen von Industriearbeiterinnen und -arbeitern auf der politischen Ebene immer schwächer wurde“ (S. 471), konnte die soziale Integration im Betrieb „zum Gegenbild sozialer Spaltung und fehlender Teilhabe auf der gesellschaftlichen Makroebene“ (S. 471) werden. Die (partei-)politische Repräsentationslücke und das öffentliche ‚Unsichtbarwerden‘ der Industriearbeit bedingte die Distanzierung der Industriearbeiter von den linken und sozialdemokratischen Massen- oder Volksparteien, was – Dider Eribon läßt grüßen – „mehr oder weniger direkt zu den politischen Protestbewegungen und rechtspopulistischen Mobilisierungen im Westeuropa unserer Tage“ (S. 471) geführt hat. Die Industriearbeiter standen vor einer doppelten Herausforderung: einerseits der Gefahr, in den Dienstleistungssektor abzurutschen, andererseits den Herausforderungen einer ‚Verwissenschaftlichung‘ der Arbeitswelt nicht gewachsen zu sein, die die öffentlichen Bildungs- bzw. Ausbildungssysteme vorantrieben. ‚Eingeklemmt‘ zwischen einer prekären Dienstleistungsbranche und einer zunehmend akademisch gebildeten Mittelschicht fand man sich plötzlich auf der „Verliererstraße“ (S. 474) wieder. Kulturelle und soziale Deklassierung, das Desinteresse der politischen Eliten für die Arbeiterklasse und die „Peripherisierung“ ihrer Sozialräume“ (S. 471) (Industriearbeiter erwarben Wohneigentum am Stadtrand und verschwanden aus den urbanen Zentren) förderten die Rückbesinnung auf ‚das Eigene‘. Der

positive Bezug auf Betrieb und Industriearbeit sei nicht zuletzt eine Strategie gewesen, um sich gegenüber einer vermeintlichen Dominanz liberal-kosmopolitischer Kulturmuster abzugrenzen.¹⁵ „Der Industriebetrieb als Stabilitätsanker und als Gegenwelt zu den Distanz- und Ohnmachtserfahrungen in Gesellschaft und Politik gehört jedenfalls zu den vielleicht überraschendsten Befunden dieser Untersuchung.“ (S. 418) Denn trotz aller Umbrüche und Verwerfungen sind die westeuropäischen Industrien überwiegend „Sektoren stabiler Beschäftigungen geblieben“ (S. 468). Insbesondere in exportorientierten Unternehmen, die sich auf flexible Produktion von Qualitätsprodukten spezialisiert hatten und wo aufgrund hoher Produktivität hohe Löhne gezahlt wurden, diente der Betrieb als positiver Identifikations- und Bezugspunkt der Belegschaft.

5 Soziale Beziehungen: Verhältnis von Kapital und Arbeit und die Abnahme von Arbeitskämpfen ab Mitte der 1980er Jahre

Hinsichtlich der Rolle von Gewerkschaften und anderen Formen von Arbeitskämpfen sind verallgemeinerbare Aussagen für die drei verglichenen Länder kaum möglich. Zu unterschiedlich verliefen die Entwicklungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, als das hier von allgemeinen Mustern oder übergreifenden Entwicklungslinien gesprochen werden könnte. Dennoch lassen sich sehr grob länderübergreifende Trends festhalten, die jedoch nationalspezifisch ausgestaltet und verarbeitet wurden. Beispielsweise begann man während der 1980er Jahre in allen drei Ländern – wenn auch zeitlich versetzt sowie mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität – „mit dem langfristig angelegten Rückbau lohnbasierter Sozialleistungen“ (S. 239). Hinzu kam der „Individualisierungs- und Flexibilisierungstrend“ (S. 225) bei der Bezahlung von Lohnarbeit – eine Folge des Ausbaus betrieblicher gegenüber gewerkschaftlicher Vertretungs- und Mitbestimmungsrechte.¹⁶ Dennoch gab es keine generelle Abwendung vom kollektiven Tarifrecht und von branchenübergreifenden Tarifabschlüssen. Zwar nahmen ‚flexible‘, kooperative und also ‚sozialpartnerschaftliche‘ Vereinbarungen auf Betriebsebene zu, betriebliche oder individuelle Abschlüsse ersetzten jedoch nicht die Flächen- und Branchentarifverträge. Mit Blick auf die These einer allgemeinen Schwächung kollektiver Arbeiterinteressenvertretung und einer generellen Krise der Gewerkschaften während der Deindustrialisierung betont Raphael, dass es „keine (neo)liberale Einbahnstraße in Westeuropa gab“ (S. 216), die eine solche Pauschalisierung rechtfertigen würde. Die Heterogenität hinsichtlich der Organisation kollektiver Interessen der Industriearbeiter mache es notwendig, je nach Land, Region, Branche oder Beruf gesondert auf die unterschiedlichen Arrangements zwischen Kapital und Arbeit einzugehen. Arbeits-, tarif- und

¹⁵ Hier verweist Raphael auf RECKWITZ: *Die Gesellschaft der Singularitäten*.

¹⁶ Mit der Deindustrialisierung und der Entstehung privater Dienstleistungssektoren nahmen in allen drei Ländern ‚atypische‘ Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu, die ohne betriebliche Interessenvertretung, tariflich regulierte Löhne und gewerkschaftliche Repräsentanz blieben. Die Abkehr von kollektiven Standards bei Löhnen und die Erosion lohnbasierter sozialer Sicherheit und Leistungen (Raphael spricht auch von der „Krise der Sozialbürgerschaft“, S. 243) wirkte sich besonders nachteilig auf Frauen und Migrantinnen aus, die in den schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs überrepräsentiert sind.

sozialrechtliche Bedingungen wurden sehr unterschiedlich ausgestaltet – was sich im Verlauf der Deindustrialisierung sogar noch verstärkte: „[D]ie Unterschiede zwischen den drei Ländern [haben sich] im Verlauf der Umbruchphase vertieft“ (S. 224). Während Frankreich und Deutschland am „Modell kollektiver Arbeitsbeziehungen als Ordnungsrahmen festhielten“ (S. 216), „befreite“ sich das Kapital in Großbritannien seit den 1980er Jahren vom ‚Zwang‘ kollektiver Tarifverträge. In der BRD überlebte die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht, eine weitreichende kollektive Lohnabsicherung insb. in den sich konsolidierenden Industrien blieb bestehen oder konnte sogar ausgebaut werden. In Großbritannien hingegen verlagerte sich die das Kräftemessen zwischen Kapital und Arbeit vollständig auf die betriebliche Ebene.

Die ‚Varieties of Capitalism‘ in den drei verglichenen Ländern wiederholten sich gewissermaßen auf der Ebene der Ausgestaltung kollektiver Interessenvertretung und der unterschiedlichen Handhabung innerbetrieblicher Mitbestimmung. Immer wieder kommt Raphael daher auf die Vielfalt, Gleichzeitigkeit und Koexistenz unterschiedlicher, sich bisweilen gegenseitig ausschließender Ordnungen (z.B. nationale, branchenbezogene, regionale oder betriebliche Vereinbarungen, sozialpolitische Arrangements, rechtliche Regulierungsstrategien usw.) zu sprechen. Auch hinsichtlich der ‚betrieblichen Sozialordnungen‘ und der Arbeitsorganisation in Fabriken wird das Nebeneinander unterschiedlicher Regime und Formen festgehalten, mit denen auf Konkurrenz- und Rationalisierungsdruck reagiert wurde. Auch hier gilt: Mit dem Strukturbruch war „kein eindeutiger Veränderungsdruck auf betriebliche Sozialordnungen“ (S. 413-414) verbunden; die Ausgestaltung der Betriebsordnungen verlief nicht nach einem universellen Muster. Die sich daraus ergebenden Variationsmöglichkeiten und Alternativen beschreibt Raphael ausführlich (z.B. das Weiterreichen von Rationalisierungsdruck an Zuliefererbetriebe durch ‚Outsourcing‘). Am Ende dieser Ausführungen steht jeweils der Versuch, „unterschiedliche Typen lokaler Konstellationen gesellschaftshistorisch herauszuarbeiten und die Spielräume sozialer Antworten auf die ökonomischen Herausforderungen auszumessen.“ (S. 478) Die Typenbildung kann als wichtigster Ertrag der Studie gelten. So identifiziert Raphael exemplarisch anhand individueller Lebensverläufe und Berufswege typische biographische Verlaufsmuster, die schließlich zu Typen oder Mustern verdichtet werden. Diese Typen und ‚typischen Verlaufsmuster‘ helfen dabei, sich nicht in der Unübersichtlichkeit und Vielfalt der untersuchten Phänomene zu verlieren.

6 Mitbestimmung als Produktivkraft

Rationalisierung, Automatisierung, Robotisierung, Flexibilisierung und Outsourcing insb. in den 1980er und 1990er Jahren schwächten die klassenkämpferischen und konfliktorientierten Gewerkschaften bzw. deren Flügel. Verhandlungsbereite und moderate Gewerkschaften hingegen wurden von der Kapitaleseite zunehmend als Verhandlungspartner auf Betriebsebene akzeptiert und geduldet. Die „geduldete Mitsprache“ (S. 389) und ein „breites Programm vergemeinschaftender Integrationsangebote“ (S. 390) waren die Mittel der Wahl, um Produktionsausfällen vorzubeugen oder flexible Arbeitszeiten durchzusetzen.

Insbesondere in Deutschland erwies sich die „betriebliche Mitbestimmungskultur als erfolgreicher Faktor des Krisenmanagements“ (S. 394). Begrenzte Teilhabe, die Etablierung kooperativer Arrangements zwischen Management und Belegschaft und die Ideologie einer sozialen Integration in eine betriebliche oder konzernübergreifende ‚Gemeinschaft‘ erwiesen sich als Produktivkräfte der deutschen Industrie. Seit der Mitte der 1970er Jahre hatte sich herausgestellt, dass „die Ansprüche der Belegschaften auf Teilhabe und Anerkennung“ (S. 470) die Renditeerwartungen der Kapitaleseite nicht verringert, sondern im Gegenteil sogar verbessert hatten. Denn auf ihrer Grundlage ließen sich Arbeitszeitverkürzungen, Lohnverzicht, Arbeitsverdichtung, Leistungssteigerungen oder innerbetriebliche Umstrukturierungen durchsetzen. Im Rahmen von sogenannten ‚Zweck- und Notgemeinschaften‘ (Raphael spricht auch von ‚Überlebens- oder Produktionsgemeinschaften‘) nahmen die Betriebsräte „faktisch die Rolle des Komanagements“ (S. 405) ein, das die Belegschaft dazu brachte, Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen mitzutragen. Die „Alleinherrschaft des Managements oder des Unternehmers“ (S. 470) nahm im gleichen Umfang ab, wie die „[d]emokratische Partizipation auf betrieblicher Ebene [...] sich parallel zu den technologischen und organisatorischen Umbrüchen in der industriellen Produktion [entwickelte]“ (S. 471-472). An dieser Stelle ließe sich erneut das Grundproblem thematisieren. Kausale Beziehungen werden zwar nahegelegt, aber nicht entwickelt. So erforderten – um beim zuletzt genannten Beispiel zu bleiben – die komplizierteren Arbeits- und flexiblen Produktionsabläufe sowie der Einsatz von Computertechnologien einen neuen Typus des informationsverarbeitenden und kommunikativen Arbeiters, der seine ‚soft skills‘ in die Team- oder Gruppenarbeit einbringen muss.¹⁷ Neue Betriebsordnungen treten somit nicht nur zeitgleich mit Einführung neuer Technologien auf, sondern sind die Folge derselben.

7 Fazit

Das Buch von Raphael liest sich trotz der angesprochenen Mängel mit Gewinn. Auf der ‚Phänomen-Ebene‘ liefert Raphael eine materialreiche Studie ab. Vor allem die Passagen über den Zusammenhang von symbolischer Repräsentation, kollektiver Interessenvertretung und ökonomischen Entwicklungen können überzeugen. Auch die Stellen zur Entdeckung der betrieblichen Mitbestimmung als Produktivkraft korrigieren Illusionen hinsichtlich der Demokratisierung der Arbeit.

¹⁷ BRÖCKLING, Ulrich: *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*, Frankfurt am Main 2017.